Fortbildungsordnungen und wie sie entstehen
Fortbildungsordnungen und wie sie entstehen
# Inhalt

1 Einleitung ................................................................. 5

2 Kurzportrait der Ordnungsarbeit des BIBB ......................... 7

3 Berufliche Fortbildung im Kontext des novellierten Berufsbildungsgesetzes ........................................... 8

3.1 Berufliche Fortbildung nach BBiG und HwO ..................... 8

3.2 Weitere Möglichkeiten der formalen beruflichen Fortbildung .... 9

4 Stufen und Abschlussbezeichnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung ..................................................... 10

4.1 Die drei Fortbildungsstufen ........................................... 10

4.2 Nutzung der neuen Abschlussbezeichnungen in der Praxis .......... 11

4.3 Zuordnung zum Deutschen Qualifikationsrahmen .......... 11

4.4 Die Abschlüsse im Detail ............................................. 13

4.4.1 Geprüfter Berufsspezialist und Geprüfte Berufsspezialistin .......... 13

4.4.2 Bachelor Professional ............................................. 14

4.4.3 Master Professional ................................................ 15

4.5 Mindestlernumfang .................................................. 16

5 Das Verfahren zur Entwicklung von Fortbildungsordnungen ....... 18

5.1 Gesamtprozess ........................................................ 18

5.2 Beteiligte .............................................................. 19

5.2.1 Die zuständigen Bundesministerien ............................. 20

5.2.2 Das BIBB .......................................................... 21

5.2.3 Die Sachverständigen ............................................. 21

5.2.4 Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Sozialpartner .... 21
Einleitung


Gleichzeitig wurde mit der Novelle des BBiG die langjährige Praxis des Drei-Stufen-Modells im Fortbildungsbereich nach BBiG und HwO rechtlich verankert, und es wurden neue, einheitliche Abschlussbezeichnungen für jede Stufe² eingeführt:

▶ erste berufliche Fortbildungsstufe: Geprüfter Berufsspezialist und Geprüfte Berufsspezialistin,
▶ zweite berufliche Fortbildungsstufe: Bachelor Professional,
▶ dritte berufliche Fortbildungsstufe: Master Professional (siehe Kap. 4).


¹ Die Regelungen in den §§ 53–54 BBiG und §§ 42–42f HwO entsprechen sich inhaltlich weitestgehend.
² Mit dem zum 1. August 2020 in Kraft getretenen novellierten Aufstiegs-BAföG können Fortbildungen auf allen drei Stufen konsekutiv gefördert werden (siehe auch Kap. 7).


Die vorliegende Broschüre gibt den an den Ordnungsverfahren zur Erstellung von Fortbildungsordnungen Beteiligten und der interessierten Fachöffentlichkeit einen Überblick über

▶ die berufliche Fortbildung im Kontext des novellierten BBiG,
▶ die formalen Abläufe sowie die Komplexität des Ordnungsverfahrens,
▶ den Rahmen der zu leistenden Arbeiten des BIBB und der Beteiligten sowie
▶ die geltenden Vereinbarungen und Empfehlungen.
2 Kurzportrait der Ordnungsarbeit des BIBB

Eine der gesetzlichen Aufgaben des BIBB ist es, an der „Vorbereitung von Ausbildungsordnungen und sonstigen Rechtsverordnungen, die nach diesem Gesetz oder nach dem zweiten Teil der Handwerksordnung zu erlassen sind, mitzuwirken“ (§ 90 Abs. 3 BBiG). Das BIBB führt die Ordnungsverfahren auf der Grundlage einer Weisung des zuständigen Bundesministeriums durch.

In der Abteilung 2 des BIBB „Struktur und Ordnung der Berufsbildung“ ist die Zuständigkeit für alle dualen Ausbildungsberufe sowie die Fortbildungsordnungen des Bundes auf mehrere Arbeitsbereiche aufgeteilt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit „Berufszuständigkeit“ sind in der Regel für mehrere Berufe verantwortlich. Im Fall einer Weisung übernehmen sie nach Verfügbarkeit die Projektleitung im Ordnungsverfahren und tragen die Verantwortung für die Erarbeitung des Verordnungsentwurfs.

Zu den weiteren Aufgaben im Kontext der Berufszuständigkeit gehören u. a.
- die Durchführung von Voruntersuchungen, Evaluationen und Forschungsprojekten im Kontext der Ordnungsarbeit,
- die Netzwerkarbeit mit den zuständigen Interessenvertretungen auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der betrieblichen Praxis und der Wissenschaft,
- die Verfolgung der aktuellen Entwicklungen in den jeweiligen Berufen,
- die Teilnahme an Fachveranstaltungen sowie
- Öffentlichkeitsarbeit für die jeweiligen Berufe.
3 Berufliche Fortbildung im Kontext des novellierten Berufsbildungsgesetzes

Die gesetzlich geregelt berufliche Fortbildung stellt innerhalb des weitgehend offenen Systems der beruflichen Weiterbildung ein formales, strukturiertes Angebot dar.

3.1 Berufliche Fortbildung nach BBiG und HwO

Das BBiG unterscheidet bei der beruflichen Fortbildung in § 1 Abs. 4 zwischen Anpassungsfortbildung und Fortbildung der höherqualifizierenden Berufsbildung:

▶ Anpassungsfortbildungen zielen auf den Erhalt und die Anpassung der vorhandenen beruflichen Handlungsfähigkeit im bisherigen Berufsfeld und werden in dieser Broschüre nicht weiter behandelt.3

▶ Die Fortbildungsordnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung sollen es ermöglichen, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erweitern und beruflich aufzusteigen.

Mit der BBiG-Novelle 2020 ersetzt die Bezeichnung „Fortbildungsordnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung“ den bis dahin im Gesetz genutzten Begriff „Aufstiegsfortbildung“. Für die höherqualifizierende Berufsbildung definiert das novellierte BBiG drei Fortbildungsstufen und etabliert für jede Stufe eine eigene Abschlussbezeichnung (siehe Kap. 4).

BBiG und HwO regeln folgende Möglichkeiten des Erwerbs von Abschlüssen zum beruflichen Aufstieg:


---

Fortbildungsprüfungsregelungen der zuständigen Stellen\(^4\) nach § 54 BBiG und § 42f HwO. Diese können von den zuständigen Stellen für ihren jeweiligen Geltungsbereich erlassen werden, sofern noch keine bundesweit gültige Regelung für den Fortbildungsabschluss existiert.

Meisterprüfungsverordnungen im Handwerk als Rechtsverordnungen des Bundes. Die Meisterprüfungsverordnungen in einem zulassungspflichtigen oder einem zulassungsfreien Handwerk sowie in einem handwerksähnlichen Gewerbe sind in der HwO gesondert geregelt und werden nicht über ein Sachverständigenverfahren im BIBB erarbeitet.

3.2 Weitere Möglichkeiten der formalen beruflichen Fortbildung

Darüber hinaus bieten die Bundesländer an den Fachschulen und Fachakademien Bildungsgänge nach Landesrecht mit schulischen Abschlüssen wie beispielsweise „Staatlich geprüfte/-r Techniker/-in“ höherqualifizierende Berufsbildung an.

Die Bildungswege der höherqualifizierenden Berufsbildung stehen Personen offen, die einen beruflichen Aufstieg anstreben und die Zugangsvoraussetzungen erfüllen – in der Regel eine einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung, ein Abschluss auf der vorhergehenden Fortbildungsstufe oder eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung.

Außerdem gibt es weitere landes- und bundesrechtliche Regelungen, z. B. im Gesundheitsbereich, sowie Aufstiegsmöglichkeiten über tarifrechtliche Angestelltenlehrgänge und beamtenlaufbahnbezogene Qualifizierungswege im öffentlichen Dienst.

---

\(^4\) In den §§ 71–75 des BBiG werden die zuständigen Stellen bestimmt. Ist die zuständige Stelle eine Landesbehörde, so erfasst die zuständige Landesregierung die Fortbildungsprüfungsregelung als Rechtsverordnung (vgl. § 54 BBiG).
4 Stufen und Abschlussbezeichnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung

4.1 Die drei Fortbildungsstufen

Abbildung 1: Die drei Fortbildungsstufen im Überblick

Quelle: eigene Darstellung

Mit der Novelle des BBiG wurde die langjährige Praxis des Drei-Stufen-Modells im Fortbildungsbereich nach BBiG und HwO gesetzlich verankert. Die höherqualifizierende Berufsbildung umfasst die drei Fortbildungsstufen mit den folgenden neuen Abschlussbezeichnungen (siehe auch Abb. 1):

- erste berufliche Fortbildungsstufe: Geprüfter Berufsspezialist und Geprüfte Berufsspezialistin,
- zweite berufliche Fortbildungsstufe: Bachelor Professional,
- dritte berufliche Fortbildungsstufe: Master Professional.

Für jede Fortbildungsstufe sind ein gesetzlicher Mindestlernumfang (siehe Kap. 4.5) und ein Regelzugang (siehe Kap. 6.2) festgelegt.

### 4.2 Nutzung der neuen Abschlussbezeichnungen in der Praxis


### 4.3 Zuordnung zum Deutschen Qualifikationsrahmen

Die drei Fortbildungsstufen orientieren sich an den DQR-Niveaus 5 bis 7. Die Zuordnung erfolgt über einen Vergleich des Anforderungsniveaus der Fortbildungsstufe mit den entsprechenden DQR-Deskriptoren. Dazu werden für die Zuordnung eines Fortbildungsabschlusses zum DQR sogenannte Qualifikationstypen (z. B. Industriemeister/-in, Fachkaufmann/-frau und Fachwirt/-in auf dem DQR-Niveau 6) zur Orientierung genutzt. Für Einzelqualifikationen kann auf Weisung des Verordnungsgebers während des Ordnungsverfahrens ein Zuordnungsvorschlag erarbeitet werden, oder die Zuordnung erfolgt im Anschluss. Überprüft werden die Zuordnungsvorschläge von der Bund-Länder-Koordinierungsstelle in

---

6  Bisherige Abschlussbezeichnungen, die über Fortbildungsordnungen nach BBiG/HwO erworben wurden, können nicht rückwirkend um die neue Abschlussbezeichnung ergänzt werden. Die Fortbildungsordnungen müssen entsprechend geändert werden, und die neuen Abschlussbezeichnungen gelten dann nur für künftige Absolventinnen und Absolventen der geänderten Fortbildungsordnungen.
Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis DQR. Das DQR-Niveau wird somit nicht in der Fortbildungsordnung selbst aufgeführt, sondern bei einer erfolgten Zuordnung auf dem Zeugnis und in den Zeugniserläuterungen ausgewiesen.

Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR)


Weitere Informationen: www.dqr.de.

---

7 Für weitere Informationen zum Arbeitskreis DQR siehe URL: https://www.dqr.de/dqr/de/der-dqr/akteur/re/arbeitskreis-dqr/arbeitskreis-dqr_node.html (Stand: 16.03.2023).
8 Siehe Hauptausschussempfehlung 164 (BIBB-HAUPTAUSSCHUSS 2020a) für ein Zeugnismuster für alle anerkannten Fortbildungsabschlüsse.
4.4 Die Abschlüsse im Detail

4.4.1 Geprüfter Berufsspezialist und Geprüfte Berufsspezialistin


Es ist laut Gesetzesbegründung vorgesehen, dass Fortbildungen auf dieser Ebene nur „bei einem klaren Bedarf auf dem Arbeitsmarkt“ und in der Regel gemeinsam mit einem Fortbildungsabschluss der zweiten Fortbildungsstufe verordnet werden sollen. So soll ein Anschluss auf der nächsten Fortbildungsstufe sichergestellt werden. Vor der BBiG-Novelle verordnete Abschlüsse auf dieser Fortbildungsstufe waren z. B. Geprüfte/-r Servicetechniker/-in und Geprüfte/-r Fachberater/-in.
„Berufliche Anforderungen“
Absolventinnen und Absolventen dieses Fortbildungsniveaus können in ihrem Berufsfeld Funktionen wie Berater/-in, Betreuer/-in, Entwickler/-in, Projektleiter/-in, Tester/-in oder Trainer/-in wahrnehmen. Diesen Funktionen sind komplexe Aufgaben mit Budgetverantwortung oder Bereichsverantwortung zugeordnet, die verantwortlich und eigenständig erfüllt werden.

Berufliche Kompetenzen

4.4.2 Bachelor Professional

„Berufliche Anforderungen“
Absolventinnen und Absolventen dieses Fortbildungsniveaus bewegen sich in einem dynamischen Handlungsfeld, in dem betriebliche Leistungsprozesse eigenständig gesteuert, ausgeführt und mitarbeiterorientiert umgesetzt werden.

Sie sind für die verantwortliche Wahrnehmung von Fach- und/oder Führungsfunktionen qualifiziert, für die ein einschlägiger Ausbildungsberuf und ggf. zusätzlich Berufserfahrungen, also einschlägige Betriebs-, Produktions-, Geschäftsprozess-, Kommunikations-, Kooperationserfahrungen, fachliche Voraussetzungen sind. Sie gründen oder übernehmen Betriebe, steuern und realisieren eigenständig die zu verantwortenden
Leistungsprozesse in einem Unternehmensbereich, in einem Unternehmen oder in Projekten und führen dafür Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Berufliche Kompetenzen**


### 4.4.3 Master Professional

Qualifikationen auf dieser Stufe vertiefen die in der zweiten Fortbildungsstufe erworbenen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten und ergänzen sie um neue Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem DQR-Niveau 7, „die erforderlich sind für die verantwortliche Führung von Organisationen oder zur Bearbeitung von neuen, komplexen Aufgaben- und Problemstellungen wie der Entwicklung von Verfahren und Produkten“ (§ 53d Abs. 2 Nr. 2 BBiG/§ 42d Abs. 2 Nr. 2 HwO). Fortbildungsordnungen auf dieser Stufe sind Grundlage für die Qualifizierung berufserfahrener Praktiker/-innen als Führungskräfte, die sich in Tätigkeitsfeldern bewegen, die weitgehend Akademikerinnen und Akademikern vorbehalten sind. Regelzugang ist der erfolgreiche Abschluss einer Qualifikation auf der zweiten Fortbildungsstufe. Der Mindestlernumfang beträgt 1.600 Stunden.

„Berufliche Anforderungen


Berufliche Kompetenzen


4.5 Mindestlernumfang

Der Gesetzgeber definiert für die einzelnen Fortbildungsstufen einen zeitlichen Mindestlernumfang, welcher als Voraussetzung für den Erwerb der Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten des entsprechenden DQR-Kompetenzniveaus erachtet wird. Dabei erfolgt keine Differenzierung zwischen Unterricht, Selbstlernen oder Praxis.

---

9 Zum Mindestlernumfang siehe Hauptausschussempfehlung 173 (BIBB-HAUPTAUSSCHUSS 2020b).
In der höherqualifizierenden Berufsbildung werden nur die Prüfungen selbst sowie die Zulassung zu diesen gesetzlich geregelt. Die Art der Prüfungsvorbereitung steht den Teilnehmenden frei und spielt für die Zulassung keine Rolle. Vorbereitungskurse für Fortbildungsprüfungen werden auf dem freien Markt angeboten und können in ihrem Umfang nur indirekt über Vorgaben zur Förderung, z. B. über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, gesteuert werden.

Somit sollte die Fortbildungsordnung den für die jeweilige Fortbildungsstufe vorgegebenen Mindestlernumfang indirekt über die Formulierung der Prüfungsziele, -inhalte und -anforderungen sicherstellen.
5 Das Verfahren zur Entwicklung von Fortbildungsordnungen

5.1 Gesamtprozess

Das zuständige Bundesministerium ist als Verordnungsgeber für das gesamte Verfahren der Beantragung und Entwicklung der Fortbildungsordnung verantwortlich. Nach Anhörung der Spitzenorganisationen der Sozialpartner legt das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachministerium das Verfahren für die Erarbeitung der Fortbildungsordnungen fest.

Hier gibt es zwei Optionen:

- Das Weisungsverfahren: Das BIBB erarbeitet auf Weisung des zuständigen Bundesministeriums (in der Regel das Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF)\(^{10}\) in einem Ordnungsverfahren einen Verordnungsentwurf mit Sachverständigen aus der betrieblichen Praxis, die von den Spitzenorganisationen der Sozialpartner benannt werden.

- Das Ministerverfahren\(^{11}\): Das zuständige Bundesministerium erarbeitet im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachministerium den Entwurf einer Fortbildungsordnung.

---

10 In der Landwirtschaft und ländlichen Hauswirtschaft ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft das BMWK Verordnungsgeber und das BMBF Einvernehmensministerium. Die entsprechenden Fortbildungsordnungen werden aber in der Regel nicht in einem Sachverständigenverfahren im BIBB erarbeitet.

11 Das Ministerverfahren wird hier nicht erläutert. Am Ministerverfahren sind die Ministerien und die Sozialpartner beteiligt.
5.2 Beteiligte


Um ein Ordnungsverfahren zu einem positiven, gemeinsamen Abschluss zu führen, ist ein Konsens der Beteiligten im Verfahren erforderlich (Konsensprinzip). Ein Vorteil des Konsensprinzips besteht in der Akzeptanz der erarbeiteten Fortbildungsordnung bei der Umsetzung und Implementation in die Bildungs- und Prüfungspraxis sowie bei den Unternehmen.
In der Regel werden Fortbildungsordnungen vom Verordnungsgeber nur dann erlassen, wenn die zuständigen Spitzenorganisationen der Sozialpartner – der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung – zugestimmt haben.

Abbildung 4: Beteiligte Akteure am Ordnungsverfahren

5.2.1 Die zuständigen Bundesministerien

Die zuständigen Bundesministerien sind die politisch und fachlich Verantwortlichen für die Fortbildungsordnung und ihre Entwicklung. Bei Fortbildungsordnungen ist in der Regel das BMBF Verordnungsgeber. Der Erlass erfolgt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) oder dem sonst zuständigen Fachministerium.\footnote{In der Landwirtschaft und ländlichen Hauswirtschaft ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft das BMWK Verordnungsgeber und das BMBF Einvernehmensministerium. Die entsprechenden Fortbildungsordnungen werden aber in der Regel nicht in einem Sachverständigenverfahren im BIBB erarbeitet.}

Das zuständige Ministerium leitet das Ordnungsverfahren durch eine Weisung an das BIBB ein. Im Ordnungsverfahren selbst vertreten die Ministerien die fachlich-
politischen und bildungspolitischen Interessen der Bundesregierung und beraten im Hinblick auf rechtliche, insbesondere verordnungsrechtliche Vorgaben.

5.2.2 Das BIBB
Analog zu den Verfahren zur Entwicklung einer Ausbildungsordnung in der Berufsausbildung auf Basis des BBiG oder der HwO im dualen System der Berufsausbildung\(^{13}\) wirkt das BIBB bei Weisungsverfahren bei der Entwicklung von Fortbildungsordnungen als Gestalter und Moderator mit. Es ist verantwortlich für die Durchführung des Ordnungsverfahrens und die Entwicklung des Entwurfs der Fortbildungsordnung.

5.2.3 Die Sachverständigen
Die Sachverständigen werden von den Spitzenorganisationen der Sozialpartner benannt. Sie sollen durch ihre beruflichen Kompetenzen und Erfahrungen aus der beruflichen Praxis den Praxisbezug der Fortbildungsordnung sicherstellen. Idealerweise unterstützen sie nach dem Erlass der Verordnung die Umsetzung der Fortbildungsordnung in der Praxis sowie die Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch eigene Informationsveranstaltungen oder die Beteiligung an Informationsveranstaltungen des BIBB und der zuständigen Stellen.

5.2.4 Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Sozialpartner
Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Sozialpartner beraten die Sachverständigen bei übergeordneten Fragestellungen und vertreten die Interessen ihres jeweiligen Sozialpartners. Zu ihren Aufgaben gehört auch der Transfer der Sachverständigenarbeit auf Verbands- bzw. Gewerkschaftsebene. Gleichzeitig unterstützen sie die Konsensbildung und sind während des Verfahrens die Ansprechpersonen für das BIBB.

5.3 Initiierung
Das Verfahren zur Entwicklung oder Modernisierung einer Fortbildungsordnung bzw. für Änderungen anderer Art wird in der Regel mit einem schriftlichen Antrag der Spitzenorganisationen der Sozialpartner (in Abstimmung mit den jeweiligen Fachverbänden) beim zuständigen Bundesministerium eingeleitet. Darüber hinaus kann die Initiative für die Entwicklung von Fortbildungsordnungen vom

---

\(^{13}\) Siehe dazu die BIBB-Broschüre „Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen“: [https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/19200](https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/19200) (Stand: 30.08.2023).
Staat, von anderen Organisationen, z. B. Fachverbänden, oder anderen Stellen ausgehen.


Wenn dies erforderlich ist, können Ordnungsverfahren durch eine wissenschaftliche Voruntersuchung bzw. eine fachliche Expertise des BIBB vorbereitet werden.

**Kriterien**


Die Empfehlung sieht u. a. vor, dass Fortbildungsordnungen nur erlassen werden sollen, sofern sie als Basis für eine geordnete und einheitliche berufliche Fortbildung oder zu deren Anpassung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erforderlich sind. Ein hinreichender qualitativer und quantitativer sowie überregionaler Bedarf für die Regelung der vorgesehenen Qualifikationen sollte bestehen. Außerdem sollten die Regelungen in einer Fortbildungsordnung so angelegt sein, dass Berufstätige in ihrem Qualifikationsbereich möglichst vielseitig tätig sind und sich auf künftige Veränderungen leicht einstellen können.

5.4 Ordnungsverfahren


---

14 In der Regel haben die Spitzenorganisationen sechs Wochen Zeit für ihre Stellungnahme.
5.5 Erlass

Das Erlassverfahren wird durch das BMBF eingeleitet und koordiniert. Vom zuständigen Fachministerium wird das Einvernehmen für den Erlass eingeholt. Für den Fall, dass der Verordnungsgeber zum Entwurf ein negatives Votum erteilt, kann die Weisung an das BIBB erneuert werden. Letztlich entscheidet das zuständige Bundesministerium ob, wie und wann die Fortbildungsordnung erlassen wird.


Der Erlass der Fortbildungsordnung erfolgt durch das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachministerium. Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt tritt die Fortbildungsordnung in Kraft.

Im Anschluss an das Ordnungsverfahren können Evaluierungsprojekte und Implementationsaktivitäten zur Förderung der Verbreitung und Akzeptanz der Fortbildungsordnung durchgeführt werden.
6 Die Fortbildungsordnung


Abbildung 5: Die im Gesetz vorgegebene Struktur der Fortbildungsordnung

Quelle: eigene Darstellung

6.1 Gliederung

Im Jahr 1976 wurde die Empfehlung 36 des Bundesausschusses für Berufsbildung zum Erlass von Fortbildungsordnungen und zu deren Gliederung erlassen (vgl. BIBB-BUNDESAUSSCHUSS FÜR BERUFSBILDUNG 1976). Aus der Praxis der Ordnungsarbeit heraus haben sich weitere Standardgliederungspunkte ergeben, sodass neu erarbeitete Fortbildungsordnungen in der Regel wie folgt gegliedert sind:

Es besteht außerdem die Möglichkeit, Zusatzqualifikationen\textsuperscript{15} und/oder Wahlpflichtoptionen\textsuperscript{16} zu verordnen. Die Ausbildereignung, also der Nachweis des Erwerbs der berufs- und arbeitspädagogischen Qualifikationen, kann Bestandteil des Fortbildungsabschlusses sein. Befreiungen von Prüfungsbestandteilen zwischen den Fortbildungsstufen sind entsprechend § 56 Abs. 2 BBiG grundsätzlich möglich.

Auf einzelne Gliederungspunkte wird im Folgenden näher eingegangen.

\begin{itemize}
\item Ziel der Prüfung (Berufsprofil mit Aufgaben) und Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
\item Zulassungsvoraussetzungen,
\item Gliederung der Prüfung,
\item Gliederung der Prüfungsteile (optional, wenn die Ebene „Prüfungsteile“ genutzt wird),
\item Inhalte der Prüfungsbereiche,
\item Form und Ablauf der Prüfung,
\item Schriftliche Prüfung (optional: im Prüfungsteil X),
\item Mündliche Prüfung (optional: im Prüfungsteil Y),
\item Bewertung der Prüfungsleistung,
\item Bestehen der Prüfung, Gesamtnote,
\item Befreiung von einzelnen Prüfungsbestandteilen,
\item Zeugnisse,
\item Wiederholung der Prüfung (bzw. einzelner Prüfungsbestandteile),
\item Befreiung vom schriftlichen Teil der Ausbildereignungsprüfung bzw. Nachweis der Ausbildereignung (wenn zutreffend),
\item Übergangsvorschriften (wenn zutreffend),
\item Inkrafttreten, Außerkrafttreten (wenn zutreffend).
\end{itemize}


6.2 Zulassung

Für die **Zulassung**\(^{17}\) zur Prüfung ist im BBiG für jede Fortbildungsstufe ein Regelzugang ohne Berufspraxis vorgesehen:

- **erste berufliche Fortbildungsstufe**: ein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf,
- **zweite berufliche Fortbildungsstufe**: ein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder ein Abschluss der ersten beruflichen Fortbildungsstufe,
- **dritte berufliche Fortbildungsstufe**: ein Abschluss der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe.


---

\(^{17}\) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die zuständige Stelle.
Beispiel
Geprüfter Kaufmännischer Fachwirt nach der Handwerksordnung – Bachelor Professional für Kaufmännisches Management nach der Handwerksordnung und Geprüfte Kaufmännische Fachwirtin nach der Handwerksordnung – Bachelor Professional für Kaufmännisches Management nach der Handwerksordnung

§ 2 Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung

(1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die Anforderungen des § 42c der Handwerksordnung erfüllt und Folgendes nachweist:

1. eine erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung in einem anerkannten dreijährigen kaufmännischen Ausbildungsberuf,

2. eine erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung in einem anerkannten zweijährigen kaufmännischen Ausbildungsberuf und eine zweijährige Berufspraxis,

3. den anerkannten Fortbildungsabschluss zum Geprüften Fachmann für kaufmännische Betriebsführung nach der Handwerksordnung und zur Geprüften Fachfrau für kaufmännische Betriebsführung nach der Handwerksordnung,

4. eine erfolgreich abgelegte Meisterprüfung in einem zulassungspflichtigen oder zulassungsfreien Handwerk oder einem handwerksähnlichen Gewerbe,

5. einen anerkannten Fortbildungsabschluss nach einer Regelung aufgrund des Berufsbildungsgesetzes zum Industriemeister oder zur Industriemeisterin oder zu einem Fachmeister oder zu einer Fachmeisterin oder einen Abschluss zum Staatlich geprüften Techniker oder zur Staatlich geprüften Technikerin,

6. den Erwerb von mindestens 90 Leistungspunkten nach dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS) in einem betriebswirtschaftlichen Studium und eine mindestens zweijährige Berufspraxis oder

7. eine mindestens fünfjährige Berufspraxis.

Die Berufspraxis muss jeweils wesentliche inhaltliche Bezüge zu den in § 1 Absatz 3 Satz 2 genannten Aufgaben haben.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist zur Prüfung auch zuzulassen, wer durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft macht, Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben zu haben, die der beruflichen Handlungsfähigkeit vergleichbar sind und die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen.

Quelle: Handwerksfachwirtfortbildungsprüfungsverordnung vom 15.12.2020 (BGBl. I S. 2945)
6.3 Prüfungsanforderungen

Ziel der Fortbildungsprüfung ist der Nachweis der erweiterten beruflichen Handlungsfähigkeit, die im Berufsprofil mit den dazugehörigen Aufgaben beschrieben wird. Basierend darauf werden die Prüfungen in der Regel wie folgt untergliedert:

- **Prüfungsteile** werden in einigen Verordnungen zur groben Gliederung der Prüfung genutzt. Sie ermöglichen es auch, die Prüfungszeitpunkte einzelner Teile voneinander zu trennen.
- **Prüfungsbereiche** werden für die weitere Differenzierung verwendet und werden durch Qualifikationsinhalte näher beschrieben.
- Weitere Untergliederungen der Prüfungsbereiche sind möglich, z. B. durch Qualifikationsschwerpunkte.

**Prüfungsinstrumente**


6.4 Der Rahmenplan – kein Bestandteil der Fortbildungsordnung

Basierend auf der Fortbildungsordnung wird in der Regel im Anschluss an das Ordnungsverfahren ein Rahmenplan entwickelt. Dieser ist nicht Bestandteil der Fortbildungsordnung und hat keinen verbindlichen Charakter. Im Handwerk und in Industrie und Handel wird der Rahmenplan in der Regel unter der Federführung der Kammerorganisationen zeitnah zur Entwicklung der Fortbildungsordnung mit Experten und Expertinnen aus der beruflichen Praxis erarbeitet.

Die Vorgaben aus den Prüfungsanforderungen der Fortbildungsordnung werden im Rahmenplan aufgegriffen und mit konkreten Inhalten hinterlegt, sodass dieser als Grundlage für die Gestaltung der Kurse zur Prüfungsvorbereitung genutzt werden kann. In der Regel ist der Rahmenplan in verschiedene Handlungsbereiche untergliedert, die sich an der Fortbildungsordnung orientieren.
7 Förderung und Durchlässigkeit zum Hochschulsystem


**Aufstiegs-BAföG**


Weitere Informationen: www.aufstiegs-bafoeg.de
8 Dokumente, Links und Zahlen

Hauptausschussempfehlungen
Der Hauptausschuss ist nach § 91 Abs. 1 BBiG ein Organ des BIBB und gleichzeitig gesetzliches Beratungsorgan der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung. In dieser Funktion erlässt er nach § 92 Abs. 4 BBiG Empfehlungen zur einheitlichen Anwendung des BBiG. Er ist paritätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der Länder und des Bundes besetzt.

Relevante Empfehlungen des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung im Bereich Fortbildung sind z. B.:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr.</th>
<th>Titel der Empfehlung</th>
</tr>
</thead>
</table>

Diese Empfehlung enthält den Katalog der Prüfungsinstrumente für Ausbildungsordnungen, der auch für die Erstellung von Fortbildungsordnungen relevant ist.
### Links

<table>
<thead>
<tr>
<th>Thema</th>
<th>Link</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Aufstiegs-BAföG</td>
<td><a href="http://www.aufstiegs-bafoeg.de">www.aufstiegs-bafoeg.de</a></td>
</tr>
<tr>
<td>Berufeseiten des BIBB (u.a. finden sich hier die Verordnungen zum Download)</td>
<td><a href="http://www.bibb.de/dienst/berufesuche/de/index_berufesuche.php">www.bibb.de/dienst/berufesuche/de/index_berufesuche.php</a></td>
</tr>
<tr>
<td>BIBB-Website zur höherqualifizierenden Berufsbildung</td>
<td><a href="http://www.bibb.de/de/142826.php">www.bibb.de/de/142826.php</a></td>
</tr>
<tr>
<td>Datenreport des BIBB (jährlich)</td>
<td><a href="http://www.bibb.de/datenreport/de/index.php">www.bibb.de/datenreport/de/index.php</a> (Kapitel B4: geregelte Fortbildungsabschlüsse)</td>
</tr>
<tr>
<td>Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR)</td>
<td><a href="http://www.dqr.de">www.dqr.de</a></td>
</tr>
<tr>
<td>Fortbildungsordnungen des Bundes zum Download</td>
<td><a href="http://www.bmbf.de/bmbf/de/service/fortbildungsordnungen/fortbildungsordnungen_node.html">www.bmbf.de/bmbf/de/service/fortbildungsordnungen/fortbildungsordnungen_node.html</a></td>
</tr>
<tr>
<td>Handwerksordnung (HwO)</td>
<td><a href="http://www.gesetze-im-internet.de/hwo/HwO.pdf">https://www.gesetze-im-internet.de/hwo/HwO.pdf</a></td>
</tr>
<tr>
<td>Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (jährlich)</td>
<td><a href="http://www.bibb.de/de/65925.php">https://www.bibb.de/de/65925.php</a></td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Fortbildungsordnungen in Zahlen

Es gibt 118 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung nach § 53 BBiG bzw. § 42 Abs. 1 HwO. Diese Rechtsverordnungen werden im „Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe“ (BIBB 2023) in Meisterprüfungen (Industrie- und Fachmeister/-innen sowie Meister/-innen im Agrarbereich) und in weitere Rechtsverordnungen unterteilt:

- 47 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen nach § 53 BBiG bzw. § 42 Abs. 1 HwO (vgl. BIBB 2023, Abschnitt 3.2.1.3), davon 13 Meister/-innen im Bereich der Landwirtschaft,
- 71 weitere Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung nach § 53 BBiG bzw. § 42 Abs. 1 HwO (vgl. BIBB 2023, Abschnitt 3.2.2).
Von diesen Fortbildungsabschlüssen sind dem DQR zugeordnet (Stand 01.08.2022, BMBF/KMK 2022):

- elf Qualifikationen auf DQR-Niveau 5,
- 87 Qualifikationen auf DQR-Niveau 6, davon
  - 27 Fachwirte/Fachwirtinnen,
  - 35 Fach- und Industriemeister/-innen,
  - zwölf Meister/-innen im Bereich der Landwirtschaft sowie
  - zehn sonstige und
- sechs Qualifikationen auf DQR-Niveau 7.
Literaturverzeichnis


BIBB – BUNDEINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (Hrsg.): Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe 2023. Bonn 2023. URL: https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/19128 (Stand: 30.08.2023)


BIBB-HAUPTAUSSCHUSS (Hrsg.): Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung für Eckpunkte zur Struktur und Qualitätssicherung der beruflichen Fortbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) (159). Bonn 2014. URL: www.bibb.de/dokumente/pdf/HA159.pdf (Stand: 16.03.2023)


BMBF/KMK – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG; SEKRETARIAT DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.): Liste der zugeordneten Qualifikationen (Stand 01.08.2022). Berlin 2022. URL: https://www.dqr.de/dqr/de/service/downloads/downloads_node.html (Stand: 16.03.2023)

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.): Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung.
DGB/KWB – Deutscher Gewerkschaftsbund; Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (Hrsg.): Vereinbarung zur beruflichen Fortbildung gemäß § 53/54 BBiG und § 42/42a HwO zwischen DGB und Spitzenorganisationen der Wirtschaft vertreten im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung. Berlin 2008. URL: https://wir-gestalten-berufsbildung.dgb.de/berufsbildungsausschuesse/material/fortbildungsregelungen/++co++bc9b7978-78ea-11e7-abd4-525400e5a74a (Stand: 16.03.2023)


Anhang

Auszug aus dem Berufsbildungsgesetz

Kapitel 2
Berufliche Fortbildung
Abschnitt 1
Fortbildungsordnungen des Bundes

§ 53 Fortbildungsordnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung

(1) Als Grundlage für eine einheitliche höherqualifizierende Berufsbildung kann das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder mit dem sonst zuständigen Fachministerium nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Abschlüsse der höherqualifizierenden Berufsbildung anerkennen und hierfür Prüfungsregelungen erlassen (Fortbildungsordnungen).

(2) Die Fortbildungsordnungen haben festzulegen:
   1. die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
   2. die Fortbildungsstufe,
   3. das Ziel, den Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
   4. die Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfung und
   5. das Prüfungsverfahren.

(3) Abweichend von Absatz 1 werden Fortbildungsordnungen
   1. in den Berufen der Landwirtschaft, einschließlich der ländlichen Hauswirtschaft, durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erlassen und
   2. in Berufen der Hauswirtschaft durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erlassen.
§ 53a Fortbildungsstufen

(1) Die Fortbildungsstufen der höherqualifizierenden Berufsbildung sind
1. als erste Fortbildungsstufe der Geprüfte Berufsspezialist und die Geprüfte Berufsspezialistin,
2. als zweite Fortbildungsstufe der Bachelor Professional und
3. als dritte Fortbildungsstufe der Master Professional.

(2) Jede Fortbildungsordnung, die eine höherqualifizierende Berufsbildung der ersten Fortbildungsstufe regelt, soll auf einen Abschluss der zweiten Fortbildungsstufe hinführen.

§ 53b Geprüfter Berufsspezialist und Geprüfte Berufsspezialistin

(1) Den Fortbildungsabschluss des Geprüften Berufsspezialisten oder der Geprüften Berufsspezialistin erlangt wer eine Prüfung der ersten beruflichen Fortbildungsstufe besteht.

(2) In der Fortbildungsprüfung der ersten beruflichen Fortbildungsstufe wird festgestellt, ob der Prüfling
1. die Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die er in der Regel im Rahmen der Berufsausbildung erworben hat, vertieft hat und
2. die in der Regel im Rahmen der Berufsausbildung ererbene berufliche Handlungsfähigkeit um neue Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten ergänzt hat.

Der Lernumfang für den Erwerb dieser Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten soll mindestens 400 Stunden betragen.

(3) Als Voraussetzung zur Zulassung für eine Prüfung der ersten beruflichen Fortbildungsstufe ist als Regelzugang der Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf vorzusehen.

(4) Die Bezeichnung eines Fortbildungsabschlusses der ersten beruflichen Fortbildungsstufe beginnt mit den Wörtern „Geprüfter Berufsspezialist für“ oder „Geprüfte Berufsspezialistin für“. Die Fortbildungsordnung kann vorsehen, dass dieser Abschlussbezeichnung eine weitere Abschlussbezeichnung vorgestellt wird. Diese Abschlussbezeichnung der ersten beruflichen Fortbildungsstufe darf nur führen, wer
1. die Prüfung der ersten beruflichen Fortbildungsstufe bestanden hat oder
2. die Prüfung einer gleichwertigen beruflichen Fortbildung auf der Grundlage bundes- oder landesrechtlicher Regelungen, die diese Abschlussbezeichnung vorsehen, bestanden hat.

§ 53c Bachelor Professional

(1) Den Fortbildungsabschluss Bachelor Professional erlangt, wer eine Prüfung der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe erfolgreich besteht.

(2) In der Fortbildungsprüfung der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe wird festgestellt, ob der Prüfling in der Lage ist, Fach- und Führungsfunktionen zu übernehmen, in denen zu verantwortende Leitungsprozesse von Organisationen eigenständig gesteuert werden, eigenständig ausgeführt werden und dafür Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geführt werden. Der Lernumfang für den Erwerb dieser Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten soll mindestens 1200 Stunden betragen.

(3) Als Voraussetzung zur Zulassung für eine Prüfung der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe ist als Regelzugang vorzusehen:
   1. der Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder
   2. ein Abschluss der ersten beruflichen Fortbildungsstufe.

(4) Die Bezeichnung eines Fortbildungsabschlusses der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe beginnt mit den Wörtern „Bachelor Professional in“. Die Fortbildungsordnung kann vorsehen, dass dieser Abschlussbezeichnung eine weitere Abschlussbezeichnung vorangestellt wird. Die Abschlussbezeichnung der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe darf nur führen, wer
   1. die Prüfung der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe bestanden hat oder
   2. die Prüfung einer gleichwertigen beruflichen Fortbildung auf der Grundlage bundes- oder landesrechtlicher Regelungen, die diese Abschlussbezeichnung vorsehen, bestanden hat.

§ 53d Master Professional

(1) Den Fortbildungsabschluss Master Professional erlangt, wer die Prüfung der dritten beruflichen Fortbildungsstufe besteht.

(2) In der Fortbildungsprüfung der dritten beruflichen Fortbildungsstufe wird festgestellt, ob der Prüfling
1. die Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die er in der Regel mit der Vorbereitung auf eine Fortbildungsprüfung der zweiten Fortbildungsstufe erworben hat, vertieft hat und
2. neue Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat, die erforderlich sind für die verantwortliche Führung von Organisationen oder zur Bearbeitung von neuen, komplexen Aufgaben- und Problemstellungen wie der Entwicklung von Verfahren und Produkten.

Der Lernumfang für den Erwerb dieser Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten soll mindestens 1 600 Stunden betragen.

(3) Als Voraussetzung zur Zulassung für eine Prüfung der dritten beruflichen Fortbildungsstufe ist als Regelzugang ein Abschluss auf der zweiten beruflichen Fortbildungsstufe vorzusehen.

(4) Die Bezeichnung eines Fortbildungsabschlusses der dritten beruflichen Fortbildungsstufe beginnt mit den Wörtern „Master Professional in“. Die Fortbildungsordnung kann vorsehen, dass dieser Abschlussbezeichnung eine weitere Abschlussbezeichnung vorangestellt wird. Die Abschlussbezeichnung der dritten beruflichen Fortbildungsstufe darf nur führen, wer
1. die Prüfung der dritten beruflichen Fortbildungsstufe bestanden hat oder
2. die Prüfung einer gleichwertigen beruflichen Fortbildung auf der Grundlage bundes- oder landesrechtlicher Regelungen, die diese Abschlussbezeichnung vorsehen, bestanden hat.

§ 53e Anpassungsfortbildungsordnungen

(1) Als Grundlage für eine einheitliche Anpassungsfortbildung kann das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie oder dem sonst zuständigen Fachministerium nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Fortbildungsabschlüsse anerkennen und hierfür Prüfungsregelungen erlassen (Anpassungsfortbildungsordnungen).

(2) Die Anpassungsfortbildungsordnungen haben festzulegen:
1. die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
2. das Ziel, den Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
3. die Zulassungsvoraussetzungen und
4. das Prüfungsverfahren.
(3) Abweichend von Absatz 1 werden Anpassungsfortbildungsordnungen
1. in den Berufen der Landwirtschaft, einschließlich der ländlichen Haus-
wirtschaft, durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirt-
schaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und
Forschung erlassen und
2. in Berufen der Hauswirtschaft durch das Bundesministerium für Wirt-
schaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bil-
dung und Forschung erlassen.

Quelle: BMJ – BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ (Hrsg.): Gesetze im Internet.
Berufsbildungsgesetz. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/bbig_2005/
BJNR093110005.html (Stand: 28.04.2023)
Gegenstand dieser Broschüre sind die bundesweit gültigen Fortbildungsordnungen der höherqualifizierenden Berufsbildung nach den §§ 53–53d Berufsbildungsgesetz (BBiG) und den §§ 42–42d Handwerksordnung (HwO) und ihre Erarbeitung im Rahmen eines Ordnungsverfahrens am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Sie bietet einen Überblick über:

- die berufliche Fortbildung im Kontext des novellierten BBiG,
- die formalen Abläufe sowie die Komplexität des Ordnungsverfahrens,
- den Rahmen der zu leistenden Arbeiten des BIBB und der Beteiligten sowie
- die geltenden Vereinbarungen und Empfehlungen.